

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 15 (1921)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau : zu den Weltereignissen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So ist dieses bescheidene Buch mit seinem Inhalt und Schicksal eine Veranschaulichung des Kampfes zwischen der alten und der neuen Schweiz, der alten und der neuen Welt — was wieder eine Bestätigung seines und unseres Glaubens ist, daß, wo nur Geist lebt und waltet, im Kleinsten das Größte zum Ausdruck kommen kann. Drum bleibt denn wieder die Bitte übrig: Veni, creator spiritus!

L. Ragaz.

Rundschau.

Zu den Weltereignissen.

I. Aktiva und Passiva des Völkerbundes. Die zweite Versammlung des Völkerbundes hat gut begonnen und übel geschlossen. Ihr größter Aktivposten ist die endgiltige Schaffung des internationalen Gerichtshofes. Das ist für solche, die ein wenig verstehen, die Dinge aus geschichtlicher Vogelperspektive zu betrachten und damit ihre Zukunftsbedeutung zu ermessen, ein Ereignis von gewaltiger Tragweite, ein Symbol der Überwindung der Gewalt durch das Recht. Wenn einmal die Mehrheit aller Völker das Obligatorium dieser Gerichtsbarkeit angenommen hätte, wäre das Hauptziel des Völkerbundes so ziemlich erreicht. Gegenwärtig ist es erst ein starkes Drittel der dem Völkerbund angehörigen, die diesen Schritt gewagt haben, und darunter befindet sich keine militärische Großmacht — wenn auch freilich China mit seinen dreihundert Millionen Menschen und dem Hintergrund seiner gewaltigen Kultur diesen Umstand einigermaßen wettmacht — aber die vierzehn Völker, die jeden Streitfall von Volk zu Volk diesem Gerichtshof unterbreiten wollen, bedeuten doch schon ein gewaltiges, dem Kriegsgedanken entrissenes Gebiet. Die klar umschriebene Aufgabe der Vorkämpfer einer neuen Ordnung ist nun, ihr eigenes Volk zu dem gleichen Entschluß zu bewegen, falls dies noch nötig ist. Von Bedeutung war ferner, daß sich für die Umgestaltung des Völkerbundestatutes ein Modus gefunden hat, der diese bedeutend erleichtert. Endlich gehört zu den Aktiven besonders die Rede des französischen Vertreters *Noblemaire*, die eine Deutschland zur Versöhnung entgegengestreckte Hand bedeutete.

Freilich sind auch starke Passivposten zu verzeichnen. Dazu rechne ich weniger den Umstand, daß das Abrüstungsproblem keinen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen hat — diese Dinge kosten Zeit, es ist kindisch, die spielend rasche Erledigung solch riesiger Aufgaben der Geschichte zu verlangen — und erst recht nicht andere weniger bedeutende Unzulänglichkeiten, als vor allem das Fehlschlagen des Mansenschen Versuches, den Völkerbund zu einer Hilfsaktion für Russland zu gewinnen. Daß ich für die russischen Diktatoren nichts

übrig habe, wissen die Leser der Neuen Wege zur Genüge, aber ich glaube nicht, daß man Brutalität durch Brutalität besiege und bin gerade darum Gegner des Bolschewismus. Darf man Millionen von Menschen umkommen lassen, wenn man, wie Mansen vorrechnete, mit der Hälfte dessen, was ein Dreadnought oder der jährliche Unterhalt eines Regiments kostet, helfen könnte? Und wenn dabei auch etwas für die Sowjetleute selbst abgesunken wäre, nun, so hätte das den Bolschewismus vielleicht eher entwaffnet als gestärkt. Ich glaube, daß Hochherzigkeit auch die beste Politik ist. Ich habe vor einiger Zeit den äußerst wertvollen Roman „Die schwere Stunde“¹⁾ von Panin gelesen, in dem u. A. das langsame Dahinsterben eines lieben Knaben an den Wirkungen des Hungers geschildert wird. Wie das Einem das Herz zerreißt! Man braucht nicht selbst Vater oder Mutter zu sein, um zu ermessen — falls man das überhaupt ermessen könnte — was das gleiche Los von vielen, vielen Hunderttausenden solcher Kinder bedeutet. Ich fürchte, wenn wir diesem Sterben von Millionen Menschen, denen wir helfen könnten, mit einem durch Politik und moralische Kurzsichtigkeit fast gewordenen Herzen zuschauen, eine furchtbare Nemesis über die Welt, besonders über Europa, kommen wird. Es ist mir darum dreifach schmerzlich, daß gerade ein Schweizer, Bundesrat Motta, als Hauptgegner Mansens aufgetreten ist. Er ist dadurch in krassen und tragischen Widerspruch zu den Worten von der „Liebe, die die Sterne bewegt“, womit er, Dante zitierend, die erste Versammlung eröffnet hatte, geraten. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß der Idealismus dieses Mannes sich mit einer stärkeren Kraft der Verwirklichung verbände. Er würde dann nicht in Genf demokratische Grundsätze verkündigen und in Bern dafür eintreten, daß die Delegierten zur Völkerbundversammlung vom Bundesrat, statt von der Bundesversammlung, gewählt und ihnen auch ausschließlich vom Bundesrat die Instruktionen erteilt werden. Aber dem Völkerbund darf man das freilich nicht anrechnen, sondern bloß unserem Volk und seinem Parlament, die es sich gefallen lassen. Wie gut täte diesem letzteren von Zeit zu Zeit eine Verhandlung über „äußere Politik“! Freilich müßten wir dazu auch die geeigneten Menschen haben, nicht bloß Geschäftliadvokaten und enghorizontige Interessenvertreter.

Lehrreich ist in diesem Zusammenhang der Fall des sozialdemokratischen Nationalrates Ryser, den die auf die Feindschaft gegen den Völkerbund festgelegten Genossen veranlassen möchten, sein Mandat niederzulegen, weil er eine Stellung beim Arbeitsamt des Völkerbundes innehat. Es zeigt sich deutlich, wie man sich verannt hat, als man sich auf diese Bekämpfung des Völkerbundes einließ, weil man damals für Moskau gegen Genf stand und den Wind falsch berechnet hatte. Man wird eines Tages, ob man wolle oder nicht, auch hierin revidieren müssen, wie man in anderem revidiert

¹⁾ Bei Kässirer in Berlin erschienen. Sehr wertvoll ist auch der andere Roman des Verfassers, „Die Sühne“, der die Fortsetzung bildet.

hat. Inzwischen möchte ich diejenigen, die beständig behaupten, der Völkerbund sei ein „Organ zur Unterdrückung des Proletariates“, auffordern mir auch nur einen einzigen Fall zu nennen, wo der Völkerbund diese Rolle gespielt hätte. Wenn sie das nicht können — und sie können es nicht — so sollten sie diese unwahre Phrase künftig vermeiden.

Man hört im übrigen von der Arbeit des Völkerbundes, besonders des Sekretariates, sehr viel Gutes, und zwar auch von Menschen, die am Anfang der Institution sehr kritisch gegenüberstanden. Daß sie Passiven aufweist, genügt noch nicht, um sie preiszugeben. Sie ist notwendig; Aufgabe aller Menschen guten Willens ist es, sie immer tauglicher zu gestalten.

II. Oberschlesien. Zu den starken Passivposten des Völkerbundes kann man auch die Lösung (oder vielmehr Nichtlösung) des oberschlesischen Problems rechnen. Ich muß, soweit meine Einsicht reicht, den Genfer Schiedsspruch für ein Weltunglück ersten Ranges halten. Gewiß ist er nicht formelles Unrecht; der Versailler Vertrag erlaubt dieses Vorgehen, fordert es vielleicht sogar bis zu einem gewissen Grade. Auch meine ich — und das ist auch die Ansicht von Kennern solcher Dinge — daß der Schaden, der Deutschland aus der Teilung erwüchse, nicht allzu groß sein dürfte. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Schiedsspruches sind geeignet, der deutschen Industrie, die der polnischen in jeder Beziehung so weit überlegen ist, für lange, vielleicht für immer, die Vorherrschaft und den Hauptnuzen zu sichern. Trotzdem werden die Folgen unter Umständen äußerst schlimm sein. Der deutsche Nationalismus wird diese Gelegenheit ausgiebig und skrupellos benutzen und die andern Nationalismen werden entsprechend reagieren. So werden in dem Europa, das sich ein wenig zu beruhigen begann, neue gefährliche Spannungen entstehen. Das Verständigungskabinett Wirth wird vielleicht verschwinden, die vereinigte Reaktion Mitteleuropas zu einer großen Aktion ausholen, während der Bolschewismus die Hände reibt, weil er aus der kommenden Katastrophe als Sieger hervorzugehen wähnt. Vor allem aber ist Deutschland nun wohl für den Völkerbund auf lange, wenn nicht auf immer, verloren. Das aber bedeutet für diesen einen furchtbaren Schlag. Vielleicht, daß es gar zu einer Gegenkoalition kommt. Jedenfalls kann Amerika auch weiterhin auf dessen Unvollständigkeit hinweisen und damit sein Wegbleiben begründen.

Es rächt sich auch hierin die französische Borniertheit, die Deutschland nicht im Völkerbund haben wollte zu der Zeit, wo es seine Aufnahme als Gewinn empfunden hätte, während man nun fast bitten mußte, daß es kommen und es doch nicht kam (aus Rücksicht auf Amerika und weil sein Außenminister dagegen ist), künftig aber erst recht nicht kommen wird. Nur ein Mittel gäbe es vielleicht, dieses Unheil einigermaßen gutzumachen: die Rückgabe der deutschen

Kolonien. Diesen Punkt sollten die Freunde des Völkerbundes aufgreifen.

Das Genfer Urteil mag „gerecht“ sein, aber es zeugt von wenig staatsmännischer Weisheit. Wenn man seine wahrscheinlichen Folgen überlegt, dann könnte man beinahe auf den Verdacht kommen, seine Urheber hätten die macchiavellistische Absicht gehabt, damit den Völkerbund zu zerstören. Man könnte auch an gewisse Machinationen der internationalen Finanz denken. Nehmen wir aber, wie wir schließlich verpflichtet sind, an, sie hätten optima fide gehandelt, so haben sie es doch an allem Weitblick fehlen lassen. An den Versailler Vertrag hätten sie sich gar nicht gebunden erachten sollen, der Völkerbund soll ihn im Gegenteil verändern. Mich dünkt, eine Lösung hätte sich völlig aufdrängen müssen: die Zuteilung des ganzen Gebietes an Deutschland mit starken Schutzmaßregeln für die polnische Sprache und Kultur und Bestimmungen, die den Ertrag der oberschlesischen Bergwerke zu billigen Bedingungen auch Polen zugänglich gemacht hätten. Es ist eine große Verkehrtheit, das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung so aufzufassen, daß Nation und Staat sich decken müßten. Im Gegenteil: eine gewisse Mischung der Nationalitäten in den Staaten dient dazu, den Nationalismus abzuschwächen. Notwendig ist bloß freie Bewegung der nationalen Kultur innerhalb der Staaten. Darum war die Entscheidung in der Frage der Alandsinseln gut und ist die in der oberschlesischen schlecht.

So wird die neue Katastrophe, die über der Welt hängt, durch die Institution, die helfend wirken sollte, noch gefördert. Diese Katastrophe wirft in der Arbeitslosigkeit ihren gespenstischen Schatten. Den Völkerbund haben wir darum erst recht nötig. Aber einen größeren, weiseren. Das oberschlesische Problem aber sollten wir unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß jetzt ohnehin alles nur provisorisch ist und wir einer neuen Ordnung zustreben müssen in der all diese Dinge ein anderes Gesicht bekommen. Im übrigen steht unsere Hoffnung wieder besonders deutlich allein auf der Macht, der wir zutrauen dürfen, daß sie die Welt nicht in einer neuen Sintflut wolle umkommen lassen.

R.

Nochmals Dienstverweigerung und Zivildienst.¹⁾ Die Antwort des Bundesrates auf die Eingabe der 35 Bündner Pfarrer in Sachen Dienstverweigerung und Zivildienst lautet:

„Wir teilen Ihnen mit, daß diese Frage schon im Jahre 1917 und 1918 von verschiedenen Seiten aufgegriffen wurde. Auf Grund der damaligen Prüfung hat das eidgenössische Militärdépartement dem Bundesrat am 19. September 1918 den Entwurf zu einer Verordnung über die Behandlung der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen unterbreitet. Dieser Entwurf sah für diese Dienstverweigerer, wenn sie sich im Rücksicht befanden, die Möglichkeit vor, ihnen die Leistung eines Zivildienstes aufzuerlegen, statt sie erneut zu einer Freiheitsstrafe zu verurteilen. Durch Schlußnahme vom 1. November 1918 hat der Bundesrat die Vor-

¹⁾ Dieses und das folgende Stück mußten letztes Mal aus Mangel an Raum zurückgestellt werden.

lage an das eidgenössische Militärdepartement zurückgewiesen, um in Verbindung und im Zusammenhang mit anderen Revisionsfragen über die Militärorganisation geprüft zu werden. Eine derart einschneidende Änderung könne nicht auf Grund der außerordentlichen Vollmachten ihre Erledigung finden. Damit ist die Angelegenheit vorläufig verschoben und wird seinerzeit bei den Revisionsfragen erneut in Prüfung gezogen werden. Inzwischen wird den Leuten, die aus Gewissensgründen nicht mit der Waffe Dienst leisten wollen, die Möglichkeit gegeben, sich bei der Sanitätsstruppe einzuteilen zu lassen.

Eidgenössisches Militärdepartement:
Der Stellvertreter: sig. Chuard."

Die Antwort des Herrn Chuard, der seinerzeit sowohl, wenn wir nicht irren, im eidgenössischen Schulrat (in dem natürlich ein paar Obersten sitzen müssen — wo macht man es bei uns ohne einen Obersten?) als in der Bundesversammlung zu den eifrigsten Verfolgern der Dienstverweigerer am Polytechnikum gehörte, trägt den Stempel der Ausrede an der Stirn. Wenn man bedenkt, was alles in diesen Jahren der Bundesrat auf Grund seiner Vollmachten seelenruhig geordnet hat, Dinge, deren Tragweite sehr viel weiter reichte, so weiß man, was man von diesen Argumenten zu halten hat, noch ganz abgesehen davon, daß ja dem Bundesrat unzweifelhaft legitime Wege zur Lösung dieses Problems zur Verfügung standen. Dass die Verweisung zum Sanitätsdienst vielen konsequenten Dienstverweigerern nicht genügt, ist bekannt.

Einige Aufregung ist in unsere militaristischen Kreise nun doch gekommen. Es ist interessant, an Hand von Presäußerungen zu verfolgen, mit welchen Mitteln sie sich zur Wehr setzen. Dass dabei die moralische Verdächtigung der Initianten eine Hauptrolle spielt, ist leider selbstverständlich. Wir reden nur von den wirklichen Argumenten. In erster Linie steht dabei natürlich die Berufung auf das höchste Heiligtum, das viele Leute heute, nach dem Geldbeutel, kennen, den Staat — wobei natürlich bloß der den Geldbeutel schützende Staat gemeint ist. So schreibt Einer in der „Zürcher Post“: „Das Reich der Religionsgemeinschaft, der Kirche, ist nicht von dieser Welt. An den Staat aber können nur Forderungen gestellt werden, die seinem Charakter eines rein irdischen Gebildes entsprechen. Staat und Staatsnotwendigkeit sind Religionen und Kirchen mit ihren Lehren nicht untergeordnet, sondern zum mindesten (NB.!) koordiniert.“ Unsere Staatstheologen werden guttun, diese typische Neuäusserung zu überlegen.¹⁾

Wir entnehmen dieses Zitat einem Artikel der „Basler Nachrichten“, in dem die Befürworter des Zivildienstes u. a. auch darum als wenig beachtenswert hingestellt werden, weil sie hauptsächlich aus Frauen und Pfarrern bestünden, die er offenbar in die Rubrik der „Unverantwortlichen“ einreicht. Verantwortlich sind nach diesem Schreiber wohl nur „Obersten“, den Frauen und Pfarrern aber werden folgende Aufgaben zugewiesen: „Frauen und Pfarrer können und sollen

¹⁾ Was für Blüten das Staatskirchentum treibt, mag u. a. das wundersame diesjährige Bettagsmandat der Bündner Regierung mit seiner Verherrlichung der Volksfeste, der Waffenübung und — der Farben der Kantonsfahne zeigen.

dem Gedeihen und der Wahrhaftigkeit (!) des Landes dienen, indem sie Kranken und Verwundeten [die zu besorgen sich der „Oberst“, der „Verantwortliche“, Mühe geben wird!] Pflege, Hilfe und Trost bringen und sich der Verlassenen und Verarmten [die zu schaffen ja der Militarismus gut ist!] annehmen; nicht aber, indem sie den gesunden Geist und den wehrhaften Sinn unserer Armee mit idealistischem Träumergeist durchsetzen.“ Da haben Frauen und Pfarrer ja ihre Aufgabe nett vorgeschrieben! Sie werden sichs merken. Das ist die Art, wie der Militarismus seiner Natur nach sie einschätzen muß. Wobei er übrigens sehr für die Feldprediger ist!

Von den dreißig Millionen Toten des Weltkriegs und allem Andern wissen diese Leute natürlich nichts, nichts von der Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes in England, Amerika, Deutschland, Österreich, um vom Völkerbund zu schweigen!

Wir aber wissen genau, welchem „Feind“ heute die Armee gilt und die Andern wissens im Grunde auch und all ihr Patriotismus ist dafür nur heuchlerischer Deckmantel.

Alle diese Dinge sind Zeichen der Geistverlassenheit unseres Volkes. Und unten ist es nicht besser als oben. Ein vor kurzem zum Militärdienst Einberufener schreibt uns, es sei erstaunlich, wie wenig das Militärلن den Meisten zuwider sei. Sie hätten zuerst Angst vor schlechter Behandlung, wenn diese aber nicht eintrete, seien sie ganz beruhigt. Besonders scheine es, als ob viele Bauernsöhne direkt Freude an der Sache hätten. Und diese Leute Alle, sagen wir, die sich seelenruhig wieder an die Kanone und ans Maschinengewehr stellen und das Mordgewehr anlegen, nach den Dingen, die wir erlebt haben und erleben, haben die Taufe auf Christus empfangen, Religionsunterricht gehabt, sind konfirmiert worden — welch eine Umwälzung ist nötig, bis dies anders wird! Aber nötig ist sie! Und wie groß der Einfluß wäre, den die religiösen Kreise haben könnten, wenn sie einmal völlig erwachten, zeigt gerade wieder die Aufregung über die Erklärung der 35 wackeren Bündner Prädikanten.

R.

Nachricht. Inzwischen ist in dieser Sache noch einiges Neue gegangen. In den „Basler Nachrichten“ hat ein nt. dem ff. auf ausgezeichnete, wenn auch vielleicht für das Gros der Leser nur allzu feine Weise geantwortet. — Im Nationalrat interpellierte Eugster-Züst in Sachen des Zivildienstes und bekam eine Antwort im Geist und Stil der Chuardischen. Interessant war auch die Verhandlung über den Spizeldienst, den der Generalstab unserer ruhmvollen Armee unterhält. Dass unsere reaktionären Dickschädel, von denen einer der dicksten in der Schweiz im Besitz des Bundesanwaltes ist, Schweizer bespionieren lassen, nur weil sie keine Reaktionäre sind, wussten wir schon, aber dass sie sich dazu reichsdeutscher Agenten bedienen, war immerhin neu. Und der bürgerliche Nationalrat hat diese ganze dreckige Wirtschaft ausdrücklich gebilligt. Welch ein Morast!

Arbeiterschaft und Militarismus. Nächst der geistigen Erhebung ist eine unserer Haupthoffnungen im Kampf gegen den Krieg und alles, was dazu gehört, eine wieder gründlich antimilitaristisch gewordene Arbeiterbewegung. In dieser Beziehung gibt es doch manchen Licht-

blick. In Berlin haben am Jahrestage der Kriegserklärung (!) über 200,000 Menschen, vorwiegend Arbeiter, Vertreter aller sozialistischen Parteien, vor dem Dom und dem königlichen Schloß, gegen die Wiederkehr des Militarismus und den Gedanken eines Revanchekrieges protestiert, ähnliches geschah an vielen andern Orten. Die deutschen Unabhängigen sind ganz zum Pazifismus übergegangen und spielen in den Friedensvereinen eine große Rolle (während unsere Unentwegten noch immer gegen Pazifismus und Völkerbund Sottisen loslassen müssen!); der internationale Kongreß der Metallarbeiter hat eine Resolution angenommen, die gegen alle Munitionsindustrie geht. Man weiß, daß der so wichtige internationale Transportarbeiter verpflichtet, einen Krieg durch Resistenz zu verhindern. Ähnliches verlangt der Genossenschaftskongreß von Basel, während der für die Frage so entscheidend wichtige internationale Metallarbeiterverband neuerdings folgende Resolution angenommen hat:

„Der neunte Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes erinnert alle Organisationen und alle Metallarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Länder an die durch den achten Kongreß des internationalen Metallarbeiterbundes vom 22. August 1920 gefaßte Resolution, die damals schon die Pflicht der Arbeiter im Kriegsfall präzisierte, indem sie sagte:

„Wir erkennen die Gemeinschaft der proletarischen Interessen und der solidarischen Aktion an (Internationaler Gewerkschaftsbund).

Der achte Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes ladet alle Länder ein, ihre Solidarität gegenüber ihren Klassengenossen dadurch aktiv zu bezeugen, indem sie die Fabrikation von Waffen, Munition und Kriegsmaterial irgendwelcher Art verweigern, indem sie die Bestellungen überwachen und die Eisenbahner und Transportarbeiter in ihrer Weigerung, Truppen, Waffen und Munition zu befördern, unterstützen.“

Der am 10. August 1921 in Luzern versammelte neunte Kongreß bestätigt diesen Teil der Kopenhagener Resolution und fordert außerdem die Metallarbeiter aller Länder auf, in enger Verbindung mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus fortzuführen, so daß die in der Munitions- und Kriegsmaterialherstellung bisher tätigen Arbeiter in der Friedensproduktion, welche der Zivilisation und dem materiellen Wohl der Arbeiter dient, Beschäftigung finden.

Aus diesem Grunde verpflichtet der Kongreß alle angeschlossenen Sektionen, die Propaganda zu steigern, damit man dazu gelangt, die Kriegsfabrikation stufenweise durch die Friedensproduktion zu ersetzen.

Der Kongreß beschließt und beauftragt das Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterbundes, eine Statistik einzuleiten, um die wirkliche Arbeiterzahl jeder Nation festzustellen, die mit der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichem Kriegsgerät beschäftigt ist.

Der neunte Kongreß verpflichtet jede Nation, dem Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterbundes diese Auskunft zu erteilen, indem gleichzeitig genau angegeben wird, wie viel Arbeiter in der Fabrikation von Munition, Gewehren, Geschützen, Flugzeugen, Kriegsschiffen usw. beschäftigt werden und das Kräfteverhältnis ihrer Organisation.

Ferner erinnert der neunte Kongreß daran, daß die Kopenhagener Resolution „die Metallarbeiter der ganzen Welt auffordert, jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen den Krieg Folge zu leisten.“

Der Kongreß bestätigt neuerdings diese Resolution, in der Ueberzeugung, daß nur durch die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Proletariats eine Wiederkehr des Krieges verhindert werden kann."

Hier zeigt sich eine Entwicklungslinie, die es bloß zu verstärken gilt. Sie wird eines Tages über den Militarismus hinausführen, so prozig er heute sich noch gebärdet. R.

Büchertisch.

Ave Maria, von Magali Hello.¹⁾ Imprimerie Courvoisier. La Chaux-de-Fonds 1921.

Das Buch könnte auch den Titel „Mater dolorosa“ tragen; denn es schildert die ganze Leidensgeschichte der Mutter, die sich plagt, müht, sorgt für ihr Kind, die das Größte für es erwartet und das Größte von ihm erwartet und die es zulegt nur hingeben muß für den Krieg. Es schildert freilich die Leidensgeschichte des zart- und tiefempfindenden Menschen überhaupt; denn auch der Sohn geht einen Leidensweg. Seine zarte, reine Seele scheut zurück vor allem Schmutz, aller Nötheit und Gemeinheit, die er unter seinen Berufsgenossen trifft. Ja sie wird sogar von dem ältern Bruder verwundet, der ihm zwar von Herzen zugetan ist, der aber — ohne alle böse Absicht — nur in tölpelhafter Ungeschicklichkeit an das ihm selbst noch verborgene Geheimnis einer ersten Liebe tastet. Gingeschüchtert, verschließt er seine Seele ganz und wagt auch nicht mehr, an das Problem heranzutreten, das der Gegenstand seiner bewundernden Verehrung und Liebe, eine junge Vortragende, ihm und seinen Dorfgenossen nahe gebracht hat: Das Problem der Umgestaltung der Welt durch die in der Welt, nicht nur im Hause, wirkende mütterliche Liebe. Er spürt, daß etwas Neues in die Welt kommen müßte, um sie vor dem Untergang zu retten; aber, wie er kein Verständnis findet in seiner Umgebung und wie auch seine Mutter nur müde darauf hinweist: „Les femmes qui ont des enfants ont trop de travail; elles n'ont pas le temps“; da entfliekt ihm der Mut, dem Gedanken weiter nachzugehen, und wie der Krieg ausbricht, weiß auch er nichts zu tun, als betäubt und stumpf dem Rufe zu den Waffen zu folgen, das Morden als ein furchtbares, aber unausweichliches Schicksal auf sich zu nehmen.

Es sind bescheidene Menschen aus kleinen, engen Verhältnissen, an denen sich die großen, schweren Schicksale der Zeit vollziehen, aber gerade die Hilflosigkeit, mit der sie in ihrer Kleinheit und Bescheidenheit den gewaltigen Ereignissen und Problemen gegenüberstehen, hat etwas Ergreifendes und schreit nach Lösungen und Erlösung. Künstlerisch ist das Buch von großer Eigenart, Tiefe und Kraft.

Clara Nagaz.

Adolf Maurer: Die stille Revolution. 95 Seiten, Preis Fr. 3.80, erhältlich bei allen Buchhandlungen und im Selbstverlag des Verfassers, Schwamendingen bei Zürich.

Das genannte Büchlein möchte man jedem in die Hand geben, vor allem den Kirchenleuten, welche die Kraft des Christentums im praktischen Leben nicht mehr recht kennen und nicht mehr recht wissen, wozu sie Christen heißen, ferner den Arbeitern, welche im Kampf gegen den Mammonismus den Boden unter den Füßen und die Hoffnung für die Zukunft verloren haben, vor allem aber den reaktionären Dorf- und Stadtmadatoren, welche beides, das Christentum und den sozialen Kampf mißachtend im alten Geleise weiterwirtschaften.

Das Büchlein enthält aber keineswegs nur eine weise Betrachtung, der verschiedenen kirchlichen und sozialen Probleme mit ermüdenden Auseinander-

¹⁾ Man darf, weil große Zeitungen es schon verraten haben, wohl bemerken daß Magali Hello Pseudonym für Bertha Pfenninger ist.